



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 26/2022

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften des
dbb rheinland-pfalz
- b) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- c) dbb jugend rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung
- e) dbb Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb-Ehrenvorsitzende
- c) dbb-Ehrenmitglieder
- d) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 18.11.2022
he/--

Treffen der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz mit dem Ministerrat

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 15.11.2022 trafen sich die Mitglieder des Ministerrats des Landes Rheinland-Pfalz unter der Leitung der Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz in Mainz-Gonsenheim.

Das Spitzengespräch, das traditionell einmal pro Regierungsamtszeit stattfindet, verlief konzentriert und protokollarisch formell entlang vom dbb rheinland-pfalz zuvor eingereichter Themenvorschläge:

- Transformation der Arbeitswelt im öffentlichen Dienst; Richtlinien, Konzepte
- Personalausstattung im öffentlichen Dienst
(Personalmangel in kommunalen Verwaltungen an der Ahr; „Flutzulage“)
- Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung
- Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes
- Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale
- „Super-Tarifjahr 2023“ – TV-L und TVöD/Übertragung des Länderergebnisses auf Besoldung und Versorgung im Landes-/Kommunaldienst
- Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen
- Nachbesserung des aktuellen Gesetzentwurfs zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften

Die **Entschlüsse**, die der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz am Vortag des Gesprächs einstimmig gefasst hatte (vgl. Rundschreiben Nr. 25/2022), wurden den Kabinettsmitgliedern übergeben, gewerkschaftliche Erläuterungen und Forderungen flossen während des Gesprächs ein (Stichworte „Flutzulage“, Fairness in den Einkommensrunden, Nachbesserungen bei Reisekostenanpassungen).

Die Mitglieder der Landesregierung, allen voran die Ministerpräsidentin, die Finanzministerin, der Innenminister und der Digitalisierungsminister, **lobten** die **Einsatzbereitschaft** des Personals im öffentlichen Dienst im Bundesland sowie die **hohe Qualität** öffentlicher Dienstleistungen – auch und insbesondere in Krisenzeiten. Man sei stolz und dankbar.

Kernreaktion zu den Forderungen des dbb rheinland-pfalz war, dass man die Beschäftigungsbedingungen sowohl beamten- als auch tarifrechtlich im Blick habe in Zeiten angespannter Arbeitsmarktlage.

Die Landesregierung sieht Rheinland-Pfalz im Bund-Länder-Vergleich im soliden Mittelfeld, was Besoldung und Versorgung anbelangt.

Für Neuerungen und Veränderungen im Bereich der „weicheren“ Arbeits- und Dienstbedingungen – Stichworte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Arbeitszeitflexibilität, Telearbeit – zeigte sich die Ministerriege offen unter der Bedingung der – auch schon früher stets vorgebrachten – Kostenneutralität.

Der Landesanteil an den Entlastungspaketen in der Energiekrise und die Verpflichtungen zur Kommunalentschuldung verdeutlichten beispielsweise, dass der Landeshaushalt trotz günstiger Einnahmenentwicklung vorsichtig in Balance gehalten werden müsse.

Unter dem Eindruck des kurz zuvor in die Verbändebeteiligung gegebenen Entwurfs des Landesgesetzes zur Gewährung einer Energiepreispauschale an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften sahen die Ministerpräsidentin und die Finanzministerin das Land auf einem relativ spendablen Weg. In den Fokus gerückt wurden so die Mehrausgabenerwartungen in Höhe von 15 Millionen Euro für die Pauschale und in Höhe von 3,6 Millionen Euro jährlich für die Anpassung von Wegstreckenentschädigung, Tagegeld und Schlechtwegzuschuss infolge des Gesetzentwurfs.

Der dbb rheinland-pfalz hatte die Übertragung der Gewährung der Energiepreispauschale auf Versorgungsempfängerinnen und -empfänger frühzeitig und letztlich erfolgreich gefordert.

Aus Richtung Innenressort nahm die dbb Delegation positiv die Ankündigung auf, dass dort ein Gesetz zur Schaffung einer beamtenrechtlichen Entsprechung zum im kommunalen Bereich inzwischen empfohlenen, breiteren Verständnis der außertariflichen Arbeitsmarktzulage als „**Flutzulage**“ in Verwaltungen der vom Flutereignis 2021 betroffenen Gebiete vorbereitet wird.

Auch im Hinblick auf eine **Verlängerung der Antragsfristen** zur Finanzierungsunterstützung von öffentlichen wie privaten Wiederaufbauprojekten insbesondere im Landkreis Ahrweiler wurde weiterer, verstärkter politischer Einsatz auf Bundesebene ausdrücklich zugesagt. Die Ministerpräsidentin wandte sich Ende der Woche nach dem Gespräch schriftlich an den Bundeskanzler, der Innenminister flankierte mit einem Schreiben an den Bundesfinanzminister.

Außerdem signalisierte der Innenminister, das weiter verstärkt an der **Arbeitgebermarke** öffentlicher Landesdienst gearbeitet werde, Das seinerzeit vom dbb rheinland-pfalz initiierte Karriereportal solle ebenso forciert werden, wie **Social-Media-Aktivitäten** des Landes bei der Mitarbeiterakquise.

Zur Modernisierung des **Landespersonalvertretungsgesetzes** soll die Ressortabstimmung über einen entsprechenden Gesetzentwurf noch in diesem Jahr starten, der dbb rheinland-pfalz bleibt weiterhin eng eingebunden, so der Innenminister.

Mit Blick auf die **Einkommensrunden** im kommenden Jahr unterstrich der Ministerrat die Koalitionsvereinbarung, dass Ländertarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst übernommen werden.

Die Entwicklung der zunächst anstehenden Runde bei Bund und Kommunen werde beobachtet.

Der **Digitalisierungsminister** sah Rheinland-Pfalz im Ländervergleich gut aufgestellt. Zur Forderung nach einheitlichen Richtlinien und übergeordneten, vereinheitlichenden Lösungen verhielt er sich zurückhaltend und referierte über die schnelllebige Lage. **Fort- und Weiterbildung** des Personals nehme die Landesregierung als unbedingte Voraussetzung für gelingende digitale Transformation sehr ernst und stelle im Haushalt entsprechende Mittel bereit.

Der Forderung nach **mehr Personal** und nach Ausbildung über Bedarf begegneten die Finanzministerin und die Ministerpräsidentin mit Verweis auf einen im Vergleich zu anderen Flächenländern um 3.900 Stellen höheren Personalstand sowie auf zusätzliche 1.200 Stellen, die im aktuellen Doppelhaushaltsentwurf vorgesehen seien. Außerdem habe man den Altersbuckel in der Personalstatistik erfolgreich geglättet.

Der Forderung nach **Anhebung der Eingangssämter** wurde entgegengehalten, dass entsprechend handelnde Bundesländer dies ohne Abstimmung vorgenommen hätten und außerdem damit keine nennenswerten Mehreinstellungen verzeichnen könnten.

Die Forderung nach **Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale** wurde von der Finanzministerin mit den bekannten, vom dbb rheinland-pfalz in der betreffenden Landtagsanhörung zum Abschaffungsentwurf der CDU-Fraktion erfolgreich entkräfteten Argumenten erneut abgelehnt: Andere Länder und die gesetzliche Krankenversicherung sähen Zuzahlungen vor, die Pauschale sei sozial gestaffelt, Profiteure einer Abschaffung wären die Angehörigen höherer Besoldungsgruppen.

Der Forderung nach deutlicher **Nachbesserung des reisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigungs- und Tagegeldsätze** wurde entgegengehalten, dass die Sätze schon vor der beabsichtigten Anpassung im Bundesvergleich günstig rangierten. An der Systematik gestaffelter Wegstreckenentschädigungssätze halte man fest angesichts des unterschiedlichen starken Interesses, dass der öffentliche Arbeitgeber am Einsatz des privaten Kraftfahrzeugs für Dienstfahrten nun mal fallgruppenbezogen habe. Die nun verfolgten Anpassungen seien beträchtlich und würden im weiteren Verlauf stets an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung gemessen.

Zur **Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen** in der Landesverwaltung trug die Finanzministerin die bekannten Begründungen vor und warb um Verständnis. Die Produktivität eingesetzter EDV-Systeme wachse, gebraucht werde Geduld, dauerhafter gezielter Personalzuwachs sei nicht geplant.

Das Bildungsministerium wies auf eine stabile Nachwuchsentwicklung in ihrem Ressortbereich hin dank guter Rahmenbedingungen und früher Vorabzusagen zur Einstellung von Referendarinnen und Referendaren.

Die **gemeinsame Pressemitteilung** der Landesregierung und des Landesbundes fügen wir zur Kenntnis nochmals bei (Anlage).

Daran erkennt man protokollarische Vorgaben – Zitatreihenfolge Gastgeberin, Gast, Ressorts mit Spitzen aus den beiden anderen Koalitionsparteien, Ressorts mit Fachbezug zum öffentlichen Dienst bzw. zur abgearbeiteten Themenliste –.

Die Atmosphäre während des knapp zweistündigen Gesprächs mit anschließendem Mittagessen war freundlich und höflich, aber bestimmt. Argumente wurden zügig und sachlich ausgetauscht. Detaillierte thematische Vertiefungen bleiben dem speziellen Kontakt auf der Fachebene vorbehalten.

An dem Austausch nahm das gesamte rheinland-pfälzische Kabinett teil:

Ministerpräsidentin *Malu Dreyer*, Ministerpräsidentin, die stellvertretende Ministerpräsidentin *Katharina Binz*, Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration, *Daniela Schmitt*, Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, *Michael Ebling*, neuer Minister des Innern und für Sport, *Doris Ahnen*, Ministerin der Finanzen, *Herbert Mertin*, Minister der Jus-

tiz, *Alexander Schweitzer*, Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, *Dr. Stefanie Hubig*, Ministerin für Bildung, *Clemens Hoch*, Minister für Wissenschaft und Gesundheit (für eine halbe Stunde), *Katrin Eder*, Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, *Fabian Kirsch*, Chef der Staatskanzlei und *Heike Raab*, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien (für eine Viertelstunde).

Die dbb Delegation bestand aus der Landesvorsitzenden *Lilli Lenz*, den stellvertretenden Landesvorsitzenden *Hans-Dieter Gattung*, *Lars Lamowski*, *Peter Mertens*, *Elke Schwabl* und *Robert Tophofen* sowie Landesgeschäftsführer *Malte Hestermann*.

Mit freundlichen Grüßen

Lilli Lenz
Landesvorsitzende